

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim 19. März 2023, 32. Jahrg.

Lehrkräfteausbildung: Keine Kleinstaaterei!

LINKE schlägt Staatsvertrag vor

Landtag stimmt in der nächsten Woche über einen Antrag der LINKEN ab.

Am 14. März sollte es eigentlich einen bundesweiten Bildungsgipfel geben, anwesend waren – neben der Bundesministerin – nur die beiden Bundesländer Berlin und Hamburg. Brandenburgs Bildungsministerin Ernst fehlte. Sie hat damit eine wichtige Chance vertan! Bundesweit verzeichnen wir einen akuten Lehrkräftemangel. Jahrelang wurde in den meisten Bundesländern weit unter Bedarf ausgebildet. Bildungsministerin Ernst hätte den Bildungsgipfel als Chance nutzen müssen, um das brennende Thema anzusprechen und die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ auf Bundesebene weiter voranzubringen. Stattdessen übt sie sich in Kleinstaaterei und lässt die Bundesbildungsministerin abblitzen. Das wird Brandenburgs Schulen nicht helfen.

Diese Woche wurde auch beschlossen, dass bereits ab dem Wintersemester 2023/24 am Hochschulstandort Senftenberg das Lehramt studiert werden kann. Das ist gut, aber wird erst in der Zukunft wirken. Genau jetzt werden aber über 1.800 Fachkräfte pro Schuljahr an unseren Schulen benötigt.

Die Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN will deshalb in der Landtagssitzung im März die Ministerin beauftragen, sich in der Kultusministerkonferenz für einen Staatsvertrag zur Deckung des Lehrkräftebedarfs einzusetzen. Damit sollen sich alle Bundesländer verbindlich zu einer bedarfsdeckenden Ausbildung von Lehrkräften verpflichten. Es müssen gemeinsame Standards für die universitäre Ausbildung und für die Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteiger:innen in das Lehramt geregelt werden. Die Bewältigung der Bildungskrise braucht zentrale Koordination und Steuerung. Die vor uns liegende Herkules-

**Alle ziehen an einem Strang?
Wäre wünschenswert.**



Im Moment werben sich die Bundesländer die Lehrkräfte nur gegenseitig ab.

Grafik: pixabay/Peggy und Marco Lachmann-Anke/Zusammenstellung: bc

aufgabe kann Brandenburg nur mit einer Ko-Finanzierung der universitären Lehrkräftebildung durch den Bund in Form eines Länderausgleichs bewältigen. Das erreichen

wir aber nur, wenn man mit dem Bund redet und nicht die Bundesbildungsministerin abblitzen lässt.
Kathrin Dannenberg
Landtagsabgeordnete

Für eine einwohnergerechte Ortsumfahrung

Am 25. März ist in Ahrensfelde die nächste Demo geplant:
Treffpunkt: 11 Uhr, Ahrensfelder Rathaus

Die Ahrensfelder Gemeindevertreter:innen rufen zur einer weiteren Demonstration für eine bessere Planung der Ortsumfahrung der B158n. Dabei geht es darum, dass der Verkehrsstau im Ort aufhören muss, eine Ortsumfahrung gebaut wird und endlich nicht mehr die Verantwortung zwischen Bund und den Ländern Berlin und

Brandenburg hin- und hergeschoben wird. Die Gemeindevertretung spricht sich mehrheitlich für eine Tunnellösung aus und in diesem Zusammenhang auch der Autobahnanschluss Blumberg neu konzipiert wird (siehe Online-OW vom 1. März 2023). Die derzeitige Planung des Bundesverkehrsministeriums sieht eine 4-spurige Schnellstraße vor,

die die Gemeinde zerschneiden würde. Dagegen wurde bereits am 25. Februar demonstriert, für den 25. März wird erneut dazu aufgerufen. Treffpunkt ist um 11 Uhr am Ahrensfelder Rathaus.
Christina Emmrich (DIE LINKE)
Gemeindevertreterin
Ahrensfelde

Vor 20 Jahren stellte Schröder die Agenda 2010 vor

Der Genosse der Bosse und seine Sozialreform



Bildquelle: www.linksfraktion.de

Am 14. März vor 20 Jahren haben SPD & Grüne mit der „Agenda2010“ in Deutschland den größten Niedriglohnssektor Europas eingeführt. ig

nächste OW am 22. März 2023